

6. Interpellation von Thomas Böhni, Cäcilia Bosshard, Markus Frei und Josef Gemperle vom 29. September 2008 "Verwendung 'Kantonaler Energieförder-gelder' zur Anschubfinanzierung 100 % erneuerbar versorgter Gemeinden"
(08/IN 13/48)

Beantwortung

Präsidentin: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Als Vertreter der Interpellanten hat Kantonsrat Thomas Böhni das Wort für eine kurze Erklärung.

Böhni, CVP/GLP: Grundsätzlich kann ich der Beantwortung des Regierungsrates folgen. Ich stelle jedoch fest, dass er eine eher pessimistische Einstellung zu neuen Technologien hat und die heutigen Möglichkeiten der modernen Energietechnik bei weitem unterschätzt. 1. In Deutschland gibt es bereits 56 Gemeinden, die zu 100 % mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Dies entspricht 5,7 Millionen Menschen, grob geschätzt der schweizerischen Bevölkerung, und war in weniger als zehn Jahren möglich. 2. Der Kanton Thurgau hat sich für 2015 minimalistische Energieziele gesetzt. Andere Länder erreichen solche Ziele innerhalb eines Jahres. Da frage ich mich, wo unser Mut bleibt, nun endlich neue Wege zu beschreiten. Vielleicht ist es tatsächlich die Angst, dass die Kilowattstunde Strom irgendwann Fr. 2.-- kosten könnte, die von Regierungsrat Dr. Kaspar Schläpfer heraufbeschworen wurde. Mir ist zwar schleierhaft, wie man auf Fr. 2.-- pro Kilowattstunde kommen kann, wenn unsere teuerste Energie (Solarstrom) heute für 55 Rappen pro Kilowattstunde zu haben ist, was übrigens einem Minus von 20 % in zwei Jahren entspricht. Wahrscheinlich hat der Regierungsrat dabei bereits die längerfristigen Kosten der Atomenergie berücksichtigt und deshalb Fr. 2.-- pro Kilowattstunde errechnet. Dieser Vollkostenansatz ist sehr löblich, aber in den Gemeinden möchten wir vorwiegend erneuerbare Energien vorantreiben, was auch viel günstiger und sicherer ist. Auch für Energiefragen gilt: Aus der Region, für die Region. Genau das möchten wir in einigen Gemeinden im Thurgau umsetzen. Dazu braucht es mehr als ein gut funktionierendes Förderprogramm. Ich **beantrage** Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mehrheitlich beschlossen.

Diskussion

Böhni, CVP/GLP: Mit meiner über zwanzigjährigen Erfahrung im Energiebereich möchte ich vorwiegend über die Praxis sprechen und Ihnen veranschaulichen, was damit gemeint ist, den Gemeinden mehr Unterstützung zukommen zu lassen. Das Umdenken zur Nutzung von erneuerbaren Energien muss in den Gemeinden stattfinden, nämlich dort, wo die Energie verbraucht wird. Anhand von zwei Beispielen möchte ich Ihnen aufzei-

gen, wo Handlungsbedarf besteht. Als erstes Beispiel nenne ich die Stadt Frauenfeld, deren Energiepolitik kurz gesagt lautet: Ein steigender Absatz an Energie wird mit steigender Versorgungssicherheit gleichgesetzt. Das kann in Zukunft nicht mehr so gelten. Der Energiefachmann in Frauenfeld, der zu 50 % angestellt ist, berät 50'000 Einwohner rund um Frauenfeld, und dies bei einem Energieumsatz von 150 Millionen Franken pro Jahr. Wenn man eine halbe Stelle dafür einsetzt, um den Leuten bei Energiefragen zu helfen, dann bringt das eigentlich nichts. Es braucht eine verstärkte Förderung in den Gemeinden, und zwar in Bezug auf Know-how und Energieberatung. Gerade weil das Energie-Contracting in grösseren Städten immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist in diesem Zusammenhang auch wichtig, dass man lokale Ansprechpersonen hat, die zum Beispiel mit der EKT AG zusammen gute Energie-Contracting-Lösungen erarbeiten. Wenn auf Gemeindeseite niemand da ist, der die Projekte erkennt und sie spruchreif machen kann, fehlt etwas. Das zweite Beispiel bezieht sich auf kleinere Gemeinden, in denen es bekanntlich schwierig ist, grössere Energieprojekte umzusetzen, weil der Gebäudepark fehlt oder keine grössere Industrie vorhanden ist. Dort ist es wichtig, dass die Leute direkt am Objekt beraten werden. Das bedeutet, dass es mehr Beratungsbedarf und Innovation vor Ort braucht. Informationsbroschüren allein genügen nicht, um das Thema Energie abzuhandeln. In diesem Sinn fordere ich den Regierungsrat auf, den minimalistischen Weg zu verlassen und die Gemeinden zu stärken. Wie wichtig Energiekompetenz auch in Firmen ist, macht uns die EKT AG vor. Dort wurde in den letzten dreiviertel Jahren einiges an Know-how aufgebaut, was sich jetzt in ersten, sehr guten Projekten im Bereich des Energie-Contracting zeigt. Was noch fehlt und auch zur Gesamtstrategie gehört, ist die Besetzung des Verwaltungsrates, der in Zukunft verstärkt technische Kompetenz haben muss.

Dr. Wälti, SP: In der Beantwortung der Interpellation ist nachzulesen, was aktuell vom Regierungsrat erwartet werden kann. Er tut sehr viel mit seinem Programm zur Förderung von erneuerbaren Energien, das ist unbestritten. Man bekommt aber den Eindruck, dass er jetzt, wo der Grundstein gelegt ist, einmal abwarten will. Den Fokus der vorliegenden Interpellation setze ich im Namen der SP-Fraktion auf die Gemeinden. Ich arbeite seit sechs Jahren, seitdem die Gemeinde Roggwil Energiestadt ist, in der Energiekommission der Gemeinde mit. Energiestadt zu sein, ist ein sehr gutes und ebenso effizientes Vehikel dafür, das Klimaproblem auf kommunaler Ebene anzugehen und auch zu leben. Auf Seite 22 des Förderprogrammes 2009/2 des Regierungsrates sind die Bedingungen für das Erreichen eines Audits (die Erlangung des Energiestadt-Labels) sowie des Re-Audits aufgeführt, was alle vier Jahre überprüft wird. In diesem Zusammenhang können Fr. 7'000.-- respektive Fr. 3'000.-- abgeholt werden. Für die Erstellung eines Energierichtplanes (ohne Energiestadt sein zu müssen) stehen nochmals Fr. 3'000.-- zur Verfügung. Roggwil wird beide Mittel beantragen, immerhin Fr. 6'000.--, was 20 % unseres Budgets ausmacht. Dieses Geld setzen wir wiederum dafür ein, um zusätzliche För-

derungen auf kommunaler Ebene zu veranlassen. Die Gemeinden müssen eine Vorreiterrolle übernehmen. Sie haben Vorbildfunktion, und ihre Arbeit muss als Sensibilisierungsarbeit in einer Zeit gesehen werden, in der die Bevölkerung immer noch wenig über knapp werdende Energiereserven wissen will und auch darüber, wie das Problem bewältigt werden soll. Ich kann mir vorstellen, dass die Gemeinde Roggwil zusammen mit Arbon, der anderen Energiestadt im Oberthurgau, als Pilotprojekt dienen könnte, um weitere kleinere Gemeinden, welche die Bedingungen zur Erlangung des Energiestadt-Labels nicht erfüllen, einzubinden. Eine überregionale Energiestadt ist dabei nichts Neues, sie hiesse einfach Energiestadt-Region. Unlängst ist dies im Wallis, im Obergoms, geschehen. Damit sind grosse Synergien möglich. Fallen wir nicht in das alte Muster, wonach jede Gemeinde ihre eigene Industriezone, ihre eigene Bauzone für Einfamilienhäuser, ihre eigene Freihaltezone bereitstellen muss. Diese Zeiten sind aus unserer Sicht vorbei. Das aktuelle Konzept taugt zur Anschubfinanzierung 100 % erneuerbar versorgter Gemeinden schon. Unverständlich für die SP ist aber, dass die 2000-Watt-Gesellschaft mittelfristig nicht in das Konzept gehören soll. Wenn ich der Mittelfristigkeit eines Energieförderprogrammes eine Jahreszahl zuordne, dann bekommt sie stets 20 als Richtwert. Soweit ich verstanden habe, steht das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft auf allen Agenden der umliegenden Länder, des Bundes sowie auch sehr vieler Organisationen in der Schweiz, die sich mit den brennenden Fragen der zukünftigen Energieversorgung beschäftigen. Da die Zeit drängt und das Klimaproblem keine zeitliche Begrenzung kennt, sollte über diese Aussage meines Erachtens nochmals nachgedacht werden. Wir sind aber mit der Beantwortung des Regierungsrates zufrieden.

Kappeler, GP: Grundsätzlich und selbstverständlich steht die Grüne Fraktion für eine verstärkte Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien ein. Allerdings sind wir mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden. Sie überzeugt uns. Es ist richtig, dass die Unterstützung des Zieles "100 % erneuerbar versorgte Gemeinden" einzelne Gemeinden privilegieren würde, da das vom Kanton belohnte Ziel für zahlreiche Gemeinden nicht oder erst in vielen Jahrzehnten erreichbar wäre. Es ist richtig, dass auch Gemeinden vom kantonalen Förderprogramm profitieren können. Es ist richtig, dass der Kanton bei der Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien gut daran tut, auf Kontinuität zu setzen. Der Kanton soll ein zuverlässiger Partner sein. Das Förderprogramm soll gelten, was jedoch nicht heisst, dass es nicht weiter ausgebaut werden kann. Und genau das soll mit den beiden aktuellen "Energieinitiativen Thurgau" geschehen, die das bestehende Förderprogramm erweitern, indem unter anderem die jährlichen Förderbeiträge massiv erhöht werden. Diese Energieinitiativen bedeuten einen weiteren Quantensprung in unserer Thurgauer Energiepolitik, generieren Arbeit und Wertschöpfung im Kanton, verringern den Mittelabfluss nach Russland und in die arabischen Staaten und leisten einen wertvollen Beitrag zur Luftqualität und zum Klimaschutz. Ich renne vielleicht offene Türen ein, wenn ich die Interpellanten im Namen der Grünen Fraktion bitte, voll

und ganz auf das Pferd "Energieinitiativen Thurgau" zu setzen und die Interpellationsanliegen ein wenig hintanzustellen. Dieses Erfolg versprechende Pferd wurde ja schliesslich bei den Interpellanten geboren, genauer gesagt im Stall von Kantonsrat Josef Gemperle.

Dr. Beerli, EVP/EDU: Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Grundsätzlich sind wir mit den Erklärungen des Regierungsrates einverstanden und können sie nachvollziehen. Wir können bestätigen, dass sich das Förderprogramm im Rahmen der vom Grossen Rat geforderten und bewilligten Summen bis anhin als ausgewogen und praxisbezogen zeigt. Mehr liegt im Moment nicht drin. Wenn wir noch mehr wollen und dafür eine Mehrheit finden, kann man das Programm natürlich weiter ausbauen. Es enthält Beiträge, die spezifisch auch den Gemeinden für Machbarkeitsstudien, Gesamtenergiekonzepte und Sanierungen von Gebäuden der Gemeinden zugute kommen. Wir müssen uns aber auch im Klaren darüber sein, dass Programme auf allen Stufen durchgeführt werden sollen und auch etwas kosten dürfen. Es ist unseres Erachtens nicht so, dass der Kanton mit seinem Programm dafür zuständig ist, dass einzelne Gemeinden vielleicht zu 100 % mit erneuerbaren Energien arbeiten können. Das Programm soll möglichst effizient eingesetzt werden. Das kann heissen, dass in einer Gemeinde beispielsweise Sanierungen unterstützt werden, die recht viel bringen, aber trotzdem nicht zu einer 100%igen Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen führen. Es liegt an den Gemeinden, aktiv zu sein oder noch aktiver zu werden und eine Vorbildfunktion einzunehmen. Sie können Vielfältiges tun und selbstverständlich gewisse Beiträge auch aus dem Gemeindebudget sprechen. Bei der Anwendung der Bauordnung zum Beispiel ist es sehr wichtig, dass die Gemeinden in diese Richtung Impulse geben und die Bau- und Sanierungsgesuche speditiv und unbürokratisch abwickeln. Eine spezifische Anschubfinanzierung für die 100%ige erneuerbare Versorgung einzelner Gemeinden durch das kantonale Förderprogramm erscheint uns im ganzen Zusammenhang als nicht prioritär. Aber selbstverständlich sollen und können die Gemeinden solche Programme anvisieren. Das Energieförderprogramm soll wirkungsvoll eingesetzt werden und auf diese Wirkung hin auch immer wieder überprüft werden. Wir sind uns auch bewusst, dass gerade zum Beispiel die Photovoltaik nicht unbedingt zu den wirkungsvollsten Massnahmen gehört, was das Kosten-/Nutzenverhältnis betrifft. Eine gute Isolierung eines Hauses bringt pro eingesetzten Franken zurzeit noch mehr Einsparung. Trotzdem sollten wir nichts vernachlässigen. Insgesamt gesehen plädieren wir auch dafür, dass die "Energieinitiativen Thurgau" unterstützt werden.

Dr. Munz, FDP: Ich vertrete Kantonsrat Bruno Etter, der aus gesundheitlichen Gründen verhindert ist, und basiere auf seinem Fachwissen. Ich stelle fest, dass auch Kantonsrat Kappeler wie die FDP-Fraktion der Meinung ist, dass die Strategie, die der Regierungsrat fährt, nämlich nicht monothematisch die Produktion der erneuerbaren Energien zu

steigern, sondern alle Bereiche einzubeziehen, also auch die Senkung des Verbrauches fossiler Energien, die Bremsung des steigenden Bedarfes von elektrischer Energie und die Energieeffizienz, namentlich bei den Gebäudehüllen, als Paket Sinn macht. Man sollte deshalb am vernünftig und gut aufgegleisten Konzept nicht wieder etwas ändern. Es wird zu Recht betont, dass es Ungleichheiten zwischen den Gemeinden gebe, die nicht erklärbar seien. Kantonsrat Etter formuliert dies so: "Mir ist es sympathisch, wenn eine Gemeinde eigenverantwortlich handelt." Das unterstütze ich auch. Wenn wir nämlich jetzt separate Förderungen aufgleisen, tun wir nichts anderes, als die Aufgaben zu vermischen, die wir erst vor Kurzem in diesem Rat zu entflechten versuchten. Lassen wir es so wie es ist. Die Gemeinden sind durchaus selber in der Lage. Der Regierungsrat unterschätze die Möglichkeiten der neuen Energietechnik, hat Kantonsrat Böhni ausgeführt. Ich glaube nicht, dass er das tut. Ich stelle fest, dass er offensichtlich aktiv beobachtet, was namentlich auch hinsichtlich der Technologien läuft. Der Regierungsrat verfolgt aber nicht nur die Technologie, sondern auch die Marktverhältnisse, und die Interpellation läuft auf nichts anderes hinaus, als zusätzliche Subventionen zu generieren. Darum ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass der Regierungsrat die Sache gut macht und so weiterfahren soll.

Schneider, SVP: Der Thurgau nimmt in Energiefragen eine Pionierrolle ein. Er hat grosse Anstrengungen sowohl finanziell als auch mit Massnahmen unternommen. Die bestehenden Massnahmen eröffnen auch den Gemeinden viele Möglichkeiten, die zwischen der Einreichung der Interpellation und der Antwort des Regierungsrates noch erweitert wurden (Stichwort: Förderprogramm 2009 auch für die Gemeinden). Die SVP teilt die Meinung des Regierungsrates, dass es keine zusätzlichen Massnahmen braucht, insbesondere auch unter dem Aspekt, dass solche sehr schwierig umzusetzen wären, weil die Gemeinden natürlich total unterschiedliche Voraussetzungen haben. Als Beispiel nenne ich die Industriestadt Arbon im Vergleich mit einer Landgemeinde. Gerade aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage in den Gemeinden fordern wir die Fachstelle Energie im Departement für Inneres und Volkswirtschaft auf, den spezifischen Anliegen der Gemeinden bei ihrer Arbeit und Beratung entsprechend Rechnung zu tragen und darauf ein spezielles Augenmerk zu werfen.

Gemperle, CVP/GLP: Die allumfassende Abhängigkeit von fossilen Energien macht uns erpressbar. Der Fall Gadhafi ist seit Wochen ein medialer Dauerbrenner. Gadhafi führt die offizielle Schweiz an der Nase herum. Das ist unerträglich. Dies ist eine Folge der totalen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland, den arabischen und anderen, meistens nicht vertrauenserrückenden Staaten. Die Schweiz deckt ihren Energiebedarf nämlich nach wie vor zu mehr als zwei Dritteln mit fossilen Energien und zahlt dafür jährlich 13 Milliarden Franken an Gadhafi & Co. Die Energiepolitik der Schweiz muss auf eine neue Basis gestellt werden. Dies bestätigt auch der Direktor des Bundesamtes

für Energie. Energiepolitik ist eine Verbundaufgabe: Bund, Kanton und Gemeinden müssen ihre Aufgaben erfüllen, damit der Umbau innert nützlicher Frist gelingt. Aus Sicht der CVP/GLP-Fraktion müssen die Anstrengungen verstärkt werden, um die Abhängigkeit von Erdöl endlich zu durchbrechen. Zentrales Element auf Gemeindeebene sind aus unserer Sicht Abklärung und Errichtung von Wärmeverbunden. Hier tun sich die Gemeinden ausserordentlich schwer, denn es ist offensichtlich nie der richtige Zeitpunkt für Wärmeverbunde, weil ja nie alle Heizungen im Quartier miteinander das Pensionsalter erreichen und bei Neubauquartieren, wo am ehesten mit der Richt- und Bauplanung Einfluss genommen werden kann, zum Glück immer mehr Bauten entstehen, die nur wenig oder gar keine Fremdenergie benötigen. Deshalb sind Planung und Errichtung von Wärmeverbunden personalintensiv und schwierig für viele Gemeinden. In der Zwischenzeit werden weitere grosse Wärmeverbraucher eigene Lösungen realisieren, was wiederum zukünftige Wärmeverbunde verhindert. Dabei wissen wir längst, dass wir auch bei der elektrischen Energie auf erneuerbare Systeme umstellen müssen. Und fast überall, wo erneuerbare elektrische Energie produziert wird, entsteht Wärme im Überfluss. Deshalb fordert die CVP/GLP-Fraktion noch mehr Engagement. Kanton und Gemeinden müssen es gelingen, das Entstehen von Wärmeverbunden voranzutreiben. Nur so ist es möglich, dass auch im Thurgau energieautarke Gemeinden entstehen. Nur so kann im Übrigen auch die Biogasstrategie des Regierungsrates entsprechend umgesetzt werden. Kürzlich war ich in Vorarlberg und im Südtirol unterwegs. Wir haben vieles gemeinsam, doch sind uns die Vorarlberger im Energiebereich weit voraus. Gerade auch die Tagung der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) in der Kartause Ittingen, die übrigens durch die Thurgauer hervorragend organisiert wurde, hat diesen Eindruck wieder in allen Teilen bestätigt. Währenddem der Thurgau bei der Nutzung der erneuerbaren Energien nur einen Bruchteil des riesigen Potentials in der Grössenordnung eines halben Atomkraftwerkes nutzt, hat das fortschrittliche Bundesland Vorarlberg praktisch das gesamte Potential schon erschlossen. Heiz- und andere Kraftwerke mit Wärmeverbunden sind an der Tagesordnung. Genauso präsentiert sich auch die Situation im italienischen Südtirol, wo unter anderem mit Thurgauer Technik gleich mehrere Biomassekraftwerke mit Wärmeverbund entstehen oder entstanden sind. Offensichtlich hat der italienische Vinschgau nicht nur beim Obstbau mehr zu bieten als der Thurgau. An diesen Regionen müssen wir uns messen. Ich danke dem Regierungsrat für die ersten Schritte zur Umsetzung der Anliegen der vorliegenden Interpellation. Dass die regierungsrätliche Feststellung, Gemeinden mit grösseren Industriebetrieben seien gar nicht in der Lage, voll auf erneuerbare Energien umzustellen, nur die halbe Wahrheit ist, zeigt das geplante Holzkraftwerk in Bischofszell. Industriebetriebe mit einem permanenten Wärmebedarf sind nämlich nicht ein Problem, sondern umgekehrt eine grosse Chance für die Realisierung von Wärmekraftkoppelungsanlagen. Der breite Einsatz solcher Anlagen hat laut Bundesamt für Energie ein beträchtliches Potential: Der Primärenergiebedarf und der damit verbundene CO₂-Ausstoss für Raumwärme und Warmwasser könnten um 50 % reduziert werden. Diese

Reduktion entspricht rund 25 % des gesamten CO₂-Ausstosses der Schweiz. Zudem könnten laut Bundesamt für Energie etwa 30 % unserer Elektrizität mit Wärmekraftkopplungsanlagen erzeugt werden. Die CVP/GLP-Fraktion erwartet deshalb vom Regierungsrat weitere mutige Schritte, um zusammen mit den Gemeinden beim Ersatz von fossiler importierter Energie durch einheimische erneuerbare Energie endlich voranzukommen.

Arnold, SVP: Ich danke dem Regierungsrat für die klare Aussage zur Interpellation. Es ist meines Erachtens aber nicht Aufgabe des Regierungsrates, in unserem Kanton eine 2000-Watt-Gesellschaft aufbauen zu müssen, wie es in der Interpellation gefordert wird. Es sollen durchaus gute Rahmenbedingungen zur gesamthaften Entwicklung unserer Bevölkerung geschaffen werden. Aber der Aufbau einer Gesellschaft in eine bestimmte Richtung war noch selten von Gutem. Ich bin der Meinung, dass Energie effizient genutzt werden soll, jedoch entschieden dagegen, dass für alles und jedes, was mit Energiesparen oder Energieeffizienz zu tun hat, zusätzliche staatliche Gelder abgeholt werden sollen. Diese Denkart und Mentalität darf gerade für unsere Gesellschaft nicht richtungsweisend sein. Die Eigenverantwortung und die innere Überzeugung des Einzelnen sind zu fördern. Das gilt auch für energietechnische Massnahmen zu Hause oder im Umfeld der Gemeinde. Wenn eine Gemeinschaft dazu bereit ist, ist auch eine Gemeinde bereit, die dafür notwendigen Mittel zu bewilligen und zur Verfügung zu stellen. Da braucht es das Zutun des Staates nicht. Das können die Gemeinden, wenn sie wollen, selber organisieren. Diese Kosten sprengen auch nicht den finanziellen Spielraum, wie es in der Interpellation erwähnt wird. Wenn die Gemeinden tatsächlich wollen und sich ihrer Sache sicher sind, dann bin ich überzeugt, dass auch der Souverän bereit ist, die entsprechenden Gelder zur Verfügung zu stellen. Da rufe ich im Gegensatz zu Kantonsrat Josef Gemperle dem Regierungsrat zu: Werden Sie diesbezüglich nicht zu mutig!

Regierungsrat **Dr. Schläpfer:** Ich danke Ihnen für die angeregte Diskussion und für die überwiegend gute Aufnahme der Interpellationsantwort des Regierungsrates. Zudem danke ich für Ihre interessanten Ausführungen, die wir gerne zur Kenntnis nehmen. In Bezug auf die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien steht der Kanton Thurgau im Vergleich zu anderen Kantonen unverändert ganz vorne. Er gehört diesbezüglich seit bald drei Jahren zur Champions League. Die Energiepolitik unseres Kantons im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien stützt sich auf das Konzept des Regierungsrates vom 6. März 2007, das von Ihnen sehr gut aufgenommen wurde und fünf konkrete und messbare Ziele nennt, die wir bis 2015 auch erreichen wollen. Kantonsrat Böhni hat sie als bescheiden bezeichnet. Zur Umsetzung dieser Ziele haben wir 28 Massnahmen vorgesehen, wobei wir daran sind, sie umzusetzen. Die wichtigste Massnahme ist das Förderprogramm, das gute Aufnahme findet und worauf wir stolz sind. Seit dem 1. Januar 2009 kann es sich auf den Energiefonds abstüt-

zen, der reichlich dotiert ist. Es stehen für Energieförderbeiträge in kaum einem anderen Kanton so viele Mittel zur Verfügung wie im Kanton Thurgau. Von den anderen 27 Massnahmen befinden sich die meisten schon im Stadium der Umsetzung oder der Vorbereitung. Der Vorwurf, dass wir nur ein Minimalprogramm hätten, ist nicht angebracht. Das kann man sicher nicht sagen bei den vielen Massnahmen, die der Kanton Thurgau an die Hand genommen hat. Andere Kantone beneiden uns darum. Die Förderpolitik des Kantons beruhte bisher immer auf der Gleichbehandlung aller. Dies soll unserer Ansicht nach auch in Zukunft so bleiben. Die spezielle Förderung von Gemeinden, die sich darum bemühen, ihren Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu decken, würde diesem Grundsatz widersprechen. Eine Sonderbehandlung solcher Gemeinden würde letztlich andere Gemeinden benachteiligen, in denen die Erreichung dieses Zieles aufgrund des heutigen Technologiestandes von vornherein nicht möglich ist oder zulasten anderer Gemeinden ginge. Wenn man von Bischofszell und von einem grossen Holzkraftwerk spricht, muss man sich bewusst sein, dass im Thurgau mehr als ein oder zwei derartige Holzkraftwerke nicht möglich wären. Dann ist alles aufgebraucht, was wir an Holz haben. Deshalb käme eine solche Lösung auch nur für eine oder zwei Gemeinden in Frage, aber sicher nicht für alle grösseren Gemeinden. Es ist nicht für alle Gemeinden gleich gut möglich, das anvisierte Ziel zu erreichen. Die Gemeinden können aber bereits heute in vielfältiger Weise vom Förderprogramm profitieren. Drei Fördermassnahmen sind speziell für die Gemeinden konzipiert und werden von diesen auch beansprucht: Beiträge für Gesamtenergieversorgungskonzepte, für Energierichtplanungen und für das Energiestadt-Label. Kantonsrat Dr. Bernhard Wälti hat darauf hingewiesen. Nach Ansicht des Regierungsrates ist deshalb eine zusätzliche Förderung des von den Interpellanten verfolgten Zieles über das bestehende sehr grosszügige Förderprogramm hinaus nicht angezeigt. Ich entnehme den Voten auch per Saldo, dass der Grosse Rat grossmehrheitlich der Auffassung des Regierungsrates folgt und keine Sonderbehandlung einzelner Gemeinden wünscht. Zu Kantonsrat Böhni: Die Energieberatung ist Sache der Gemeinden. Wenn diese zu wenig tun, ist es die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, die Gemeinden aufzufordern, in diesem Bereich mehr zu machen. Der Kanton muss nicht alles selbst an die Hand nehmen. Die Energieberatung der Gemeinden wird aber vom Kanton unterstützt, einerseits finanziell und andererseits auch mit Instruktion. Es hat mich gefreut, dass wahrgenommen wird, dass die EKT AG verstärkt im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz tätig ist. Sie hat auch Fachleute dafür eingestellt. Was den Verwaltungsrat der EKT AG anbetrifft, so gehört ihm mit Sven Frauenfelder ein Top-Fachmann an. Er war früher in der Energiefachstelle des Kantons Thurgau tätig und wirkt jetzt im Kanton Zürich in diesem Bereich. Kantonsrat Dr. Wälti hat ausgeführt, dass wir in Bezug auf die 2000-Watt-Gesellschaft zu minimalistisch seien. Wir haben im Energiekonzept von der Vision für die Zeitperiode 2050 bis 2080 gesprochen. Das ist eine lange Zeit, entspricht aber auch der überwiegenden Auffassung dahingehend, was realisierbar ist. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir heute

eine 6000-Watt-Gesellschaft sind. Wenn wir unseren Energiebedarf auf einen Drittel des heutigen Bedarfes reduzieren wollen, so geht das nicht von heute auf morgen. Da braucht es viel neue Technologie und Entwicklung, was eine gewisse Zeit dauert. Wir wollen bei allen unseren Bemühungen realistisch bleiben. Kantonsrat Schneider möchte, dass wir ein spezielles Augenmerk auf die Bedürfnisse und die Beratung der Gemeinden werfen. Ich bin damit einverstanden, aber wir haben beschränkte personelle Kapazitäten in der Energiefachstelle und können sie nicht einfach beliebig ausbauen. Ich entnehme Ihren Voten, dass wir mit dem in der Antwort skizzierten Kurs weiterfahren können, und bin überzeugt, dass der Regierungsrat bei seiner Energiepolitik auf einem guten Weg ist. Diesen guten Weg wollen wir zusammen mit Ihnen weiter beschreiten.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsidentin: Das Geschäft ist erledigt.